

Journalismus-light

***Ein punktueller Dialog
mit WZ und FOCUS***

Fritz W. Peter

1. „Schröder hat fertig!“

Eine Kritik an Presse-Artikeln

- a. der *Westdeutschen Zeitung*
- b. des **Magazin FOCUS**

2. Mail-Dialog mit **FOCUS**-Autor

3. Der mit der *Westdeutschen Zeitung* – in Verbindung mit dem Text „Schröder hat fertig“ – aufgenommene Dialog ist in:

„Dokumentation eines Dialogs zum Thema <Qualitätsmaßstab> in der WZ-Berichterstattung und -Kommentierung“

wiedergegeben unter www.wadinet.de/news/peter.php
sowie unter

Presse/Qualitätsmaßstab (1),

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=49>

Presse/Qualitätsmaßstab (2),

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=48>

Presse/Qualitätsmaßstab (3),

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=47>

Schröder hat fertig!

Fritz W. Peter

Nicht als Wahlkämpfer, aber als wählbare Figur. Ja, ihm ist der Kragen geplatzt – was noch zu verstehen wäre angesichts einer aufsässigen Parteilinken, mit der sich nicht regieren lässt und die er jetzt mit seinem Verzweiflungsschritt disziplinieren möchte.

So werden ihm seine Genossen nun im Parlament erst das Misstrauen aussprechen müssen, um ihn gleich darauf nach Kräften im Wahlkampf zu unterstützen. Wofür eigentlich?

Damit hinterher alles so weitergehen kann? Oder damit dieselbe Linke, die sich bisher querlegt, wahlkämpfend daran mitwirkt, pro-Schröder-Ergebnisse zu erzielen, mit denen sie dann zum Schweigen gebracht wird ??

Wie wahrscheinlich sind eigentlich pro-Schröder-Ergebnisse?

Wem die Befindlichkeiten der SPD allerdings nicht das Wichtigste im Leben sind, verweilt nicht bei diesen Fragestellungen. Es geht um ein schlingerndes Land, nicht die selbst gewählte Stagnation einer Partei und ihrer fünften Kolonnen.

Notwendiger erster Schritt ist die Situationsanalyse. Daran versucht sich z.B. die Westdeutsche Zeitung.

Bsp. 1: Westdeutsche Zeitung

Am Montag nach dem Erdbeben in NRW und der Kündigungserklärung Schröders und Münteferings an Partei und Volk kommentiert Chefredakteur Roeingh:

„Es ist wohl eine Mischung aus Klugheit, Staatsraison und schlichter Unlust an einer ein- einhalbjährigen Hängepartie, die Gerhard Schröder und Franz Müntefering zu dieser einsamen Entscheidung bewogen haben. Mit einer Wiederwahl von Rot-Grün können Kanzler und Parteichef nicht ernsthaft rechnen.“

Letzterer Aussage lässt sich wohl zustimmen, auch dem Wort von der „Unlust“. Von „Klugheit“ oder gar „Staatsraison“ wird man aber – bei zutreffender Analyse – kaum sprechen können. Das Vorgehen Schröders und Münteferings zielt vor allem auf die Disziplinierung der eigenen Truppen! Nicht Staats-, sondern Parteiraision war ausschlaggebend. Ob von „Klugheit“ oder eher von „Schläue“ zu sprechen wäre, kann hier undiskutiert bleiben. Wichtig ist aber zu erkennen, dass

Schröder mit Blick auf seine bröckelnde parlamentarische Basis – die unsicheren „Kantonisten“ der SPD-Fraktionslinken – handeln musste, obwohl er es so darstellte, als habe die Veränderung im Bundesrat für ihn den Anstoß gegeben.

In der Länderkammer hat die Opposition auch jetzt noch nicht die Zweidrittelmehrheit – so gesehen hatte sich also durch das Wahlergebnis nichts geändert. „Staatsraison“ hätte vordringlich verlangt, den Föderalismusstreit beizulegen, um für künftiges Regieren eine bessere Ausgangsposition zu schaffen; denn selbst im Falle eines Wahlsiegs für Schröder (erwartet er ihn wirklich?) sähe er sich vor gleich bleibende Bedingungen im Bundesrat gestellt.

Orientierung am Parteibedarf – ein Handeln aus Anlass der inneren Blockade der SPD-Fraktion – lag zudem besonders auch im Interesse und geistigen Horizont eines Franz Müntefering. Kurzum, Parteiraison war das treibende Motiv.

Die Partei, die Partei

Die Bezeichnung „Staatsraison“ verfehlt den Sachverhalt und ist unverdient. In Spalte 2 seines Leitartikels vollzieht auch Roeingh diese Erkenntnis:

„Schröder und Müntefering [...] konnten sich nicht sicher sein, nach dem Schock der verlorenen NRW-Wahl die SPD im Spagat zwischen harten Sozialreformen und rhetorischer Kapitalismuskritik zusammenhalten zu können. Hier liegt wohl der tiefere Beweggrund und die wahre Bedeutung ihrer Entscheidung ...“

Allerdings folgt dann wieder der alte Denkfehler, so als sei „Staatsraison“ gegeben, wenn der Staat der SPD hilft, intakt zu bleiben:

Roeingh: *„Wenn es Kanzler und Parteichef gelingen sollte, dass die Sozialdemokratische Partei über den vorgezeichneten Weg in die Opposition beieinander bleibt statt auseinander zu fallen, dann haben sie mit ihrer Entscheidung der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland einen unschätzbaren Dienst erwiesen.“* (s. Roeingh: „Das Ende von Rot-Grün“, WZ, 23.5.05, S. 2)

Das Pathos ist unangebracht, vielmehr gilt: Parteien haben eine Dienstleistung am Gemeinwesen zu erbringen – *nicht umgekehrt!* Wenn eine Partei an der Realität zerbricht, kann auch künstliche Beatmung nicht mehr lange weiterhelfen! Wenn die Politik eines Staates zur Geisel einer Parteilogik wird, sollte gelten: *„Was erlauben, Strunz!“* – und es empfiehlt sich eine möglichst schnelle Kehrtwende.

Sieben Jahre Geiselhaft waren nötig, um der Öffentlichkeit sinnfällig zu machen, wohin eine illusionsbeladene Politik führt. Die Wähler verlangen jetzt offenbar konzeptionell und handwerklich ernsthafte Arbeit. Soziale Demagogie verfängt nicht mehr wie bisher! Personalisierungen verlieren etwas an Gewicht oder wirken nur in Verbindung mit vorzeigbaren Ergebnissen. Ein Zurück zu altem Denken ist schwierig aufgrund klammer Kassen.

Wo der Aktienwert fällt, werden Vorstände abgewählt. Regierungsprogramme, gleich welcher Couleur, die Mogelpackungen sind und keinen Gewinn für die Wählerschaft abwerfen, werden endlich, endlich auf „Hauptversammlungen“ nicht mehr abgenickt.

Bsp. 2: FOCUS

Auf eine zweite journalistische Einlassung soll noch eingegangen werden, bevor ein Gesamtfazit gezogen wird. Das Beispiel ist dem FOCUS dieser Woche – Mo. 23.5.05 – entnommen: „*Vielflieger Schröder*“, Untertitel: „*Mit außenpolitischen Erfolgen will der Kanzler in den nächsten Monaten Punkte sammeln*“. Die drei Autoren verbreiten sich wie folgt:

„Während [Kohl] oft als Bittsteller und treuer Verbündeter agierte, tritt Schröder [...] viel selbstbewusster auf. [...] ‚Wir sind eine europäische Mittelmacht‘, sagt der Kanzler. Das Wort ‚Macht‘ wäre seinem Vorgänger nicht über die Lippen gekommen. Die Wiedervereinigung im Rücken, habe er, so sieht es Schröder, Deutschland in den Kreis gleichberechtigter Nationen zurückgeführt.“ (S. 29/30)

Hier müssen wohl mehrere Fragezeichen gesetzt werden. Kohls Ansehen in Europa und der Welt dürfte größer und ungeteilter gewesen sein als das des jetzigen Kanzlers. Kohls Verdienst ist die Wiedervereinigung und die Durchsetzung einer europäischen Währung. Bei Ersterem wusste er den amerikanischen Präsidenten und den sowjetischen Generalsekretär für sein Anliegen einzunehmen und sich gegen den entschlossenen Widerstand Maggie Thatchers und Francois Mitterrands durchzusetzen – nicht gerade ein Zeichen von Schwäche oder fehlendem Selbstbewusstsein! Kohl sprach nicht so sehr von seiner Macht, aber besaß sie, bei Schröder gilt eher ein umgekehrtes Verhältnis.

Schröders Politik seit 2002, in Achsenpartnerschaft mit Putin und Chirac, wirkte eher spaltend als fördernd auf Europa. Das ungelenke Machtgehabe Schröders und Chiracs (vgl. die Ausführungen in unten angegebener Literatur) beförderte innerhalb Europas eine dysfunktionale Re-Nationalisierung der Politik. Die angebliche „Emanzipation“ deutscher Politik unter Rotgrün entpuppte sich als bloße „Entwestlichung“ (vgl. u.a. Thomas Kleine-Brockhoff: „*Wes Freund*

bin ich?“, DIE ZEIT, 11.5.05) – mit der Folge neuer Abhängigkeiten, die viel problematischer sind und der deutschen Politik keine tragfähige Orientierung geben können (vgl. Texthinweise am Schluss).

Wes Freund bin ich?

Es fehlt rotgrüner Außenpolitik fast durchgängig an Kompetenz: Das „Kerneuropa“-Konzept, die Vorstellung vom „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das „multipolare“ Denkmodell – alle diese Politikansätze mussten scheitern und sind inzwischen weitgehend kassiert, wie mehr oder weniger auch eingeräumt wird. Wertvolle verlorene Zeit und viel zerschlagenes Porzellan waren das Ergebnis rotgrüner Außenpolitik. Dennoch wird vielerorts das Bild kultiviert, als sei die Schrödersche Zeit ein Gewinn für Deutschland gewesen. Diese tendenziöse, beschönigende Sicht hat ein zähes Leben.

Zurück zum FOCUS-Beitrag: *„Wann immer es irgendwie passt, wirbt Schröder bei ausländischen Gästen oder in fernen Ländern für Deutschlands Platz am Tisch der Mächtigen im UN-Sicherheitsrat. [...] Wenn die Reform der Vereinten Nationen gelingt, will Schröder unbedingt nach New York einschweben, um gleich zwei historische Ereignisse zu feiern: den 60. Geburtstag der Weltorganisation und Deutschlands Aufnahme in den Sicherheitsrat – ein Jahr vor der Bundestagswahl.“* (S. 32)

Es wird kaum zur Aufnahme Deutschlands in den Sicherheitsrat kommen, jedenfalls jetzt nicht. Hatte ein deutscher Sitz zu Kohls Zeiten noch die Unterstützung der US-Regierung, so entbehrt die Hoffnung darauf jetzt jeder Grundlage. Schröders primär am Prestige orientierte Forderung nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat überzeugt nicht. Diplomatisches handwerkliches Ungeschick bei der Entwicklung des deutschen Standpunkts trug dazu bei. Mit „Hoppla-hier-kommich“-Haltung wurde der Standpunkt von Schröder, auf Reisen in Tokio, en passant vorgebracht. Statt des in dieser Frage notwendigen orchestrierten Vorgehens, zeigte sich – einmal mehr – ein peinlicher Mangel an diplomatischem Vermögen.

Auf Schröders Vorgehen passt die Bezeichnung Bittstellerei – man hätte sich ein souveräneres, weniger anbiederndes Werben gewünscht, beim UN-Anliegen wie auch im Verhältnis zu Putin oder der chinesischen Führung. Das Werben um eine Stärkung der deutschen Position wäre unter einem Kanzler Kohl unaufdringlicher und wirksamer erfolgt, zudem mit besserer Argumentation, nämlich im Sinne und als Teil einer gesamteuropäischen Strategie – statt verengt im national-egoistischen Interesse: Stichwort Europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat (vgl. Literaturangaben am Schluss).

Bittstellerei

„Bittstellerei“ (s. FOCUS) und weitere, der früheren deutschen Politik angelastete Schwächen kennzeichnen den *jetzigen* Politikstil weit eher als die Zeit Kohls. Neben den konzeptionellen Schwächen sind auch die handwerklichen überdeutlich, siehe z.B. die Visa-Politik. Die Bilanz fällt also nicht sehr gut aus, im Gegenteil, wie im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich, so wurde auch außen- und europapolitisch zu viel gestümpert, so dass nun manche schmerzliche Quittung präsentiert wird. Leider wollte der deutsche Wähler ein rotgrünes Intermezzo. Umso mehr kann jetzt aber als Folge der Ernüchterung die Akzeptanz eines – substanziellen – Neuanfangs bei erheblichen Teilen der Wählerschaft unterstellt werden. Diese Chance zu verspielen, wäre unverzeihlich!

Wenn dieser Text überschrieben ist „Schröder hat fertig“, so meint dies im übertragenen Sinn,

- „Das Zuviel an Inkompetenz hat fertig“,
- „Das Wunschdenken hat fertig“

und glücklicherweise auch,

- „Das Mittel der sozialen Demagogie hat fertig“.

Zumindest hat Letzteres, wie die NRW-Wahl zeigt, an Durchschlagskraft verloren.

Wenn der Gentleman Giovanni Trapattoni mir hier das Stichwort zu dieser Analyse gab, so möchte ich auch gebührend in Fußballersprache schließen: Der Anstoß erfolgt umgehend! Mit Taktik allein wird nicht gewonnen werden! Entscheidend ist aufm Platz! Nicht aus Flaschen leer, sondern aus Überzeugung voll muss eine Politik entwickelt werden, die den Strukturkonservatismus überwindet. –

Erweiterte Begründungen – vertiefende Ausführungen:

Die hier vorgelegte Argumentation ist ausführlich untermauert in folgenden, aus dem Internet abrufbaren Texten: „*Außenpolitik – Fehler und Lehren*“, Untertitel: „*Bilanz rot-grüner Außenpolitik, UN-Reform, Iran-Krise*“, www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf; „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“, www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf; „*Gerechte und zukunftsgerichte UN-Sitzverteilung*“, www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf (technische Anmerkung: bitte die Unterstriche in den letzteren beiden Web-Adressen beachten)

— *Dialog mit FOCUS-Autor* >>

Info an (1.) Ressort-verantwortliche FOCUS-Redakteure, (2.) Autoren des FOCUS-Artikels; meine **Mail v. 29.05.05**, 19:34h, lautete wie folgt:

Sehr geehrte Herren,

der anliegende Text "Schröder hat fertig" äußert sich (auf S. 2 unten bis S.4) kritisch zu Ihrem Beitrag v. 23.5.05 "Vielflieger Schröder". Fehleinschätzungen gibt es in Deutschland genug. Schludrigkeiten sollten im von mir geschätzten FOCUS nicht enthalten sein.

Der anliegende Text ist über die Unionsfraktion des Bundestags auch Herrn Dr. Helmut Kohl (u. zahlreichen Parlamentariern) zugesandt worden.

Vielleicht beehren Sie mich mit einer Antwort.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Fritz W. Peter

From: Henning Krumrey <krumrey@focus-r.de>
Subject: Kritik an FOCUS-Artikel "Vielflieger Schröder"
Date: Fri, 22 Jul 2005 23:56h

Sehr geehrter Herr Peter,

leider hat die Beantwortung Ihres Schreibens viel zu lange gedauert, aber die politischen Turbulenzen erlaubten leider nicht die sofortige Erledigung. dennoch möchte ich natürlich die Antwort nachreichen.

Ich sehe gar keinen großen Widerspruch zwischen Ihrer Einschätzung und unserer Darstellung. Uns ging es darum, das öffentliche Auftreten der Regierungen Kohl und Schröder zu vergleichen. Und dies deckt sich beispielsweise mit Ihrer Beobachtung, dass Schröders Auftreten am Ende weniger Erfolg brachte als die stille Diplomatie Kohls. Trotzdem ist meines Erachtens nicht zu leugnen, dass Kohl stets verbindlicher, zurückhaltender, gerade im Verhältnis zu Frankreich auch nachgiebiger war – denken Sie nur an die deutsch-französische Technologie- und Rüstungskooperation, bei der i.d.R. die Franzosen die technisch anspruchsvollen Teile lieferten und die Deutschen eher die "Blehhülle".

Auch dass Kohl das Wort Macht nicht verwendete, registrieren Sie genau so wie wir.

Lediglich beim Begriff Bittstellerei sind wir unterschiedlicher Auffassung. Ich kann dies bei der aktuellen deutschen Außenpolitik in weiten Teilen nicht erkennen (mit Ausnahme vielleicht bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu China und den arabischen Ländern).

Mit freundlichen Grüßen

Henning Krumrey

Mail v. 28-07-05 0:19h

Sehr geehrter Herr Krumrey,

der Presse als Werbeträger geht es um Verkauf. Zugleich wollen Sie aber auch Orientierung geben. Dies war Ihnen in "Vielflieger Schröder" zum Teil gelungen, zum Teil nicht.

Ich akzeptiere die argumentierende Art, in der Sie mir antworten. Dennoch halte ich fest, dass die Unterschiede in Substanz, Niveau und Wirkungsgrad der Kohl-Politik gegenüber derjenigen Schröders in einer qualitativen Weise größer sind, als es in Ihrem damaligen Artikel und Ihrer jetzigen Stellungnahme deutlich wird.

Ich gebe zu: Vielleicht habe ich Ihren damaligen Beitrag zu sehr am Kriterium der Orientierung gemessen.

Inzwischen korrigiert sich das Bild von Schröder. Weniger als 1 Prozent der Befragten in einer als repräsentativ bezeichneten Umfrage des Magazin "Cicero" halten ihn für einen bedeutenden Kanzler.

Erste Folgerung: Das Volk ist mal wieder schneller und analytischer als die veröffentlichte Meinung.

Zweite Folgerung: Die Presse (als Werbeträger) muss die Leserschaft nicht mehr so sehr mit einer nur "halbkritischen" Meinung über den Noch-Kanzler hofieren als das bisher der Fall war, anders gesagt, kann jetzt wahrheitsgemäßer (orientierender) schreiben.

Will man Information(en) nur ungewichtet aneinander reihen, so kann man in der Art und Weise verfahren, wie es in vielen Presse-Beiträgen geschieht, will man jedoch, um aus der Erfahrung Lehren zu ziehen, kritisch gewichten, muss man zum Eingeständnis bereit sein, dass die 1998 und 2002 bei den Wählern vorhandene Hoffnung vor allem Selbsttäuschung war – mit bösen Folgen.

Für weitere Ausführungen muss ich Sie auf anliegende Beiträge verweisen; sie wurden, was Sie interessieren müsste zu hören, in den vergangenen Tagen auch von Personen gelesen, die in der politischen Gestaltung unseres Landes an zentralster Stelle mitwirken.

Wenn Sie mich einfachheitshalber "rechts" einordnen, so bitte ich Sie, zunächst "Rede-Duell" zu lesen. Vielleicht differenziert sich Ihr Urteil auf eine Sie selbst überraschende Weise.

Sollten Sie mich "links" einstufen, so gebe ich vorsorglich ein hübsches Diktum wieder, das ein früherer Vorstandschef mir gegenüber (vor gut 20 Jahren) gebrauchte, um mir sein väterliches Wohlwollen zu zeigen: "Wenn Sie mit 20 kein Sozi sind, haben Sie gar kein Herz, wenn Sie dies mit 40 immer noch sind, haben Sie keinen Verstand!"

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Fritz W. Peter